

Der AKP kapituliert: Schafft ein, zwei, viele Frankreichs!

"Kampf um jeden Arbeitsplatz", "Geld ist genug da, aber in den falschen Händen. Nehmen wir es denen, die es haben! Geben wir es denen, die es brauchen!" - so der AKP in seinem letztjährigen *1. Mai-Extra*. Er stand damit in der Linken nicht alleine da. Das Schöne an solchen Losungen ist, daß sie auf breite Zustimmung stoßen, weil sie ebenso unklar wie populär sind und vor allem die Machtfrage und die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus konsequent umgangen wird: "Streiken wir den Sozialen Kahlschlag weg! - Geben wir Kohl und Kapital eine französische Antwort!" (*ebenda*).

Keine zwei Monate vorher gab der AKP in seiner Zeitung *Sozialistische Aktion* Nr. 1 noch folgende Erklärungen ab:

"Der einzige Ausweg aus Kriegen, Krisen, Armut und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die ihre Ursache im Kapitalismus haben, ist die Beseitigung des kapitalistischen Staates und die Machtergreifung durch die ArbeiterInnenklasse. ... Es gibt letztendlich keinen erfolgreichen Kampf gegen Erwerbslosigkeit und Angriffe des Kapitals, der im Rahmen des Kapitalismus verbleibt."

Allzu ernst scheint es dem AKP mit seinen "letztendlichen" programmatischen Perspektiven allerdings nicht zu sein. Wenn er "konkret" oder "praktisch" wird - z.B. zum 1. Mai 1996 - behindern ihn seine "revolutionären Sonntagsreden" erst einmal dabei, auf dem schnellsten Wege zu den Massen zu gelangen - und werden folgerichtig geopfert. Er verhält sich damit nicht anders als andere vorgeblich revolutionäre/trotzkistische Organisationen. Erst programmatische Klarheit, dann Mehrheit ist ein Grundsatz revolutionärer Politik, "Masse statt Klasse" das Motto des Opportunismus.

Wer vom Reformismus nicht reden will...

Bei soviel Opportunismus ist es kein Wunder, daß sich in den Artikeln des AKP keinerlei konsequente konkrete Kritik an den reformistischen Parteien findet. Lang und breit wird stattdessen die Politik der Kohl-Regierung kritisiert.

Abgesehen von einigen Seitenhieben auf reformistische "Größen" wie Scharping kein Wort über SPD und PDS. Stattdessen wird die verheerende politische Linie der DGB-Gewerkschaften verharmlost: Mit dem "Bündnis für Arbeit" reichten "Schulte und Zwickel ... den kleinen Finger und wurden am ganzen Arm über den Tisch gezogen" (*1. Mai-Extra*). Mit dem "Bündnis für Arbeit" standen die Gewerkschaftsführungen jedoch bereits vollständig auf der kapitalistischen Seite des Tisches. Wie wir im Titel des *BOLSCHEWIK*-Flugblatts zum 1. Mai 1996 schrieben, agier(t)en damit "Kapital und Gewerkschaftsführung im Bündnis gegen die Arbeiterklasse".

... sollte vom Kapitalismus schweigen

Die fehlende Kritik des AKP an den reformistischen Organisationen wird durch eine falsche Kritik der kapitalistischen Verhältnisse ergänzt:

"Die Krise der öffentlichen Haushalte ist hausgemacht. Sie liegt an einer schamlosen Umverteilung von unten nach oben, an einer Steuerpolitik, die die Reichen begünstigt, an Subventionen für florierende Konzerne und an der Privatisierung gewinnbringender Staatsfirmen, z.B. Telekom" (*1. Mai-Extra*).

Das klingt wie der "Sozialexperte der SPD", Rudolf Dressler, wenn er zu einer seiner Standardübungen ansetzt: links abheben, rechts landen. Die Krise der öffentlichen Haushal-

te ist alles andere als hausgemacht und schon gar nicht Folge einer Willkürpolitik. Sie folgt vielmehr den Erfordernissen der Weltpolitik und des Weltmarktes nach dem Untergang der UdSSR. Sie ist verwurzelt in den internationalen wie nationalen Zwängen und Zusammenhängen kapitalistischer Systemlogik. Und allein dieser ist der bürgerliche Staat verpflichtet. Dieser Systemzusammenhang wird aber vom AKP ausgeblendet und der revolutionäre Systemsprung vom kapitalistischen Staat zur Diktatur des Proletariats, vom Kapitalismus zum Sozialismus, wird in Forderungen seines *1. Mai-Extra* geflissentlich verschwiegen.

Zwar wird in der *Sozialistischen Aktion* von 1996 zunächst richtig festgestellt: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem basiert auf dem Prinzip der Profitmaximierung". Aber nur, um dann im gleichen Artikel unter Hinweis auf die steigenden Profite deutscher Unternehmen zu behaupten, dies widerlege "alles Gejammere der Unternehmer, es lohne sich nicht mehr in Deutschland zu produzieren". Und noch deutlicher im *1. Mai-Extra* vom gleichen Jahr:

"Die Wehleidigkeit des Erfolgreichen - Die erfolgreichsten Unternehmer Europas konnten sich mit Hilfe der Gewerkschaftsspitze als die armen leidenden Opfer zu hoher Löhne präsentieren. Die Bundesrepublik, das Land, daß die restliche Europäische Union im wirtschaftlichen Schwitzkasten hält, wurde und wird erfolgreich als ein 'bedrohter' Wirtschaftsstandort präsentiert".

Also alles nur Ideologie!? Die Übertreibungen und falschen politischen Schlüsse der Globalisierungspropheten sollten MarxistInnen jedoch nicht dazu veranlassen, einfach das Gegenteil von deren Thesen zu propagieren. Man muß nicht gleich die Ohnmacht der Nationalstaaten postulieren, wenn man meint, daß die kapitalistische Krise ihre Ursachen in der kapitalistischen Weltwirtschaft hat. Der Grundwiderspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Kapitalismus äußert sich u.a. gerade darin, daß die Kapitalisten angesichts der internationalen Entwicklung der Produktivkräfte und der "global" verursachten und wirkenden Probleme und Krisen letztlich als einzigem politischen Instrument immer nur auf den Nationalstaat zurückgreifen können. Dieses Mittel kann allerdings die Anarchie des Weltmarktes nicht beseitigen, sondern nur noch verstärken und militärisch aufladen. In diesem Rahmen ist die kapitalistische Standortkonkurrenz sehr real. Wenn nach Jahren wirtschaftlicher Rückschläge die USA und Britannien heute wieder potente Konkurrenten auf dem Weltmarkt sind, so liegt das "Geheimnis" ihres Erfolges in Deregulierung sowie radikal sinkenden Löhnen und Sozialstandards.

Das sind Tatsachen, die ebenso reale wie unumgängliche Zwänge für die konkurrierenden Staaten auf dem Weltmarkt sind. Das einzige, was sich im kapitalistischen Konkurrenzkampf lohnt, ist und bleibt nun mal der *größtmögliche* Profit. Angesichts der widersprüchlichen Ausführungen des AKP scheint es, als wolle er seiner reformistischen Praxis mit aller theoretischen Gewalt eine marxistische Fassade geben. Warum sonst werden Begriffe wie das "Gejammere der Unternehmer" bemüht, wenn es nicht darum geht, einen künstlichen Maßstab "lohnender, ausreichender oder gar gerechter Profite" dagegen heranzuziehen - der jedoch ist für die kapitalistische Wirklichkeit völlig bedeutungslos.

Nicht die Standortkonkurrenz des internationalen kapitalistischen Systems, sondern solche Phrasen sind blanke Ideologie, d.h. falsches Bewußtsein über die wirklichen Verhältnisse. Sie dienen einerseits dazu, nur die *moralische* Entrüstung über den Kapitalismus anzufeuern. Andererseits

sind sie nichts anderes als eine *reformistische Hintertür*, weil der nächste logische Schluß daraus nicht "Sozialismus statt Kapitalismus" sondern "gerechte Löhne bei gerechtem Profit statt Sozialabbau und Maximalprofit" ist. So wird der Kampf um Löhne, Arbeitsplätze und soziale Standards entkoppelt von der Notwendigkeit revolutionärer Politik und eine "anti-kapitalistische", sprich nichtrevolutionäre, Zwischenetappe erfunden. Dies ist allerdings für den AKP kein zufälliger Ausrutscher, sondern eng verbunden mit dessen grundsätzlichem gewerkschaftspolitischen Verständnis.

"Sozialistische" Gewerkschaftspolitik ohne Sozialismus

"Sozialistische Gewerkschaftspolitik orientiert sich an den unmittelbaren Bedürfnissen der abhängig Beschäftigten" (AKP-Standpunkt zur Krise der Gewerkschaften - Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft, 01.05.94).

Falsch: Sozialistische Gewerkschaftspolitik versucht, an den unmittelbaren Klasseninteressen der Lohnabhängigen *anzuknüpfen*. Aber sie *orientiert* sich wie alle (wissenschaftlich-)sozialistische Politik seit dem "Kommunistischen Manifest" an den internationalen, historischen und allgemeinen Interessen des Proletariats und damit am vollen revolutionären Programm, das deren bewußter und wissenschaftlicher Ausdruck ist. Syndikalistische, workeristische, ökonomistische, ganz allgemein opportunistische Politik dagegen orientiert sich an den "berühmten" unmittelbaren Bedürfnissen. Im Unterschied zu diesem Opportunismus wies Lenin z.B. in "Was Tun?" entschieden darauf hin, daß es die Aufgabe der Revolutionäre ist, das volle revolutionäre Programm in die Massen hineinzutragen.

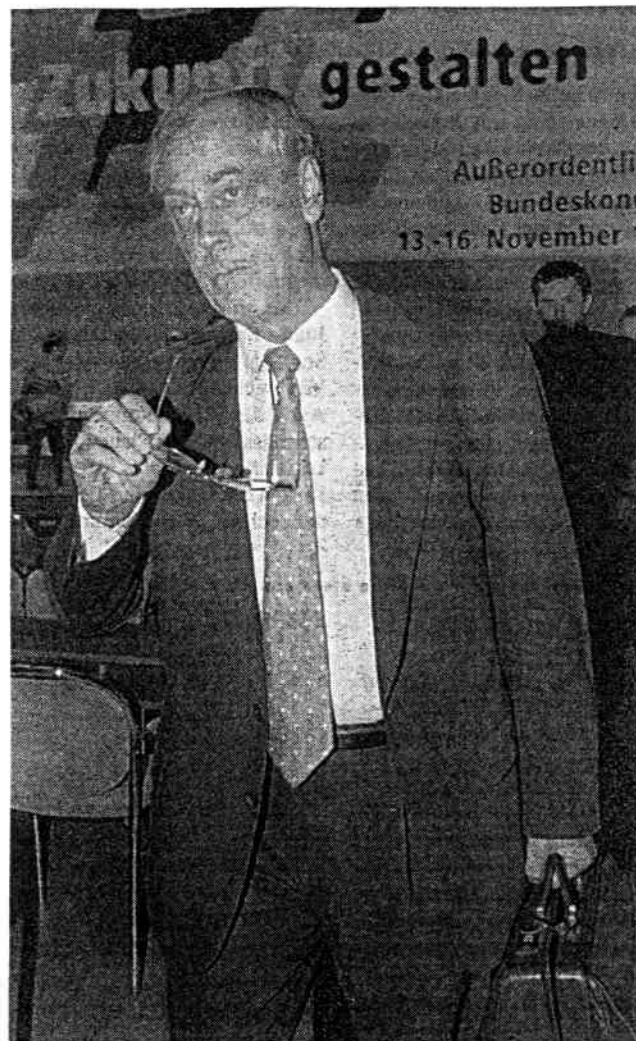
Die ökonomistische Beschränkung wird auch in dem deutlich, was der AKP als Programm sozialistischer Gewerkschaftspolitik präsentiert. Die Machtfrage wird nicht einmal angesprochen, die "sozialistische" Gewerkschaftspolitik des AKP kommt gänzlich ohne Sozialismus aus. Die aufgestellten Forderungen "sozialistischer Gewerkschaftspolitik" stellen allenfalls ein Minimalprogramm dar - reduziert auf ökonomische Forderungen, den schwammigen Aufruf zu internationaler Solidarität, anti-faschistischem, anti-rassistischem, anti-sexistischem Engagement und innergewerkschaftliche Fragen. Eine demokratisch von der Basis gewählte, auf Facharbeiterlohn gesetzte Führung der Gewerkschaften ist aber noch lange keine revolutionäre Führung - und genau darauf kommt es im Zeitalter des Imperialismus an. Dazu bedarf es eines revolutionären Programms und des Aufbaus klassenkämpferischer Gewerkschaftsfraktionen auf der Basis eines kommunistischen Programms, das trotz einer besonderen Auswahl von aktuellen und gewerkschaftsrelevanten Themen eine Brücke von den Minimalforderungen zur sozialistischen Revolution schlägt. Demgegenüber bleibt das AKP-Gewerkschaftsprogramm stecken in der Beschränkung auf das Minimalprogramm.

Es wird dabei ziemlich klar, was die politisch-programmatische Grundlage "einer Strömung klassenkämpferischer GewerkschafterInnen im DGB" sein soll, deren Aufbau der AKP (ähnlich wie die GAM, s. S. 4) propagiert. Sie werden klassenkämpferisch im Sinne von nicht revolutionär sein, sie werden antikapitalistisch im Sinne von nicht kommunistisch sein. In seinem *1. Mai-Extra* verschwieg der AKP sogar "Strömung klassenkämpferischer GewerkschafterInnen" und reduzierte seine Hoffnungen darauf, daß der DGB rufe, wenn es darum geht den proletarischen Widerstand gegen die bürgerliche Offensive zu organisieren. Unter dem - vergleichsweise milden - Druck der Ereignisse wird so die Kapitulation vor der Gewerkschaftsbürokratie perfekt.

Kommunistische Gewerkschaftspolitik

Die Politik des AKP entspringt ganz offensichtlich dem Bedürfnis, Abkürzungen zu den Massen zu finden und sie nicht durch "maßlose Forderungen", "Kritik", "extreme Phraseologie" zu verschrecken. So stellt er die Forderung nach einem "Generalstreik gegen den sozialen Kahlschlag" auf, nimmt ihr aber die revolutionäre Spitze, indem er - statt unabhängige Streikkomitees zu fordern - seine Hoffnung einfach darauf setzt, daß der "DGB ruft". Daß die Regierung Juppé den Winter 1995 u.a. deshalb überlebte, weil das Fehlen landesweit organisierter unabhängiger Streikkomitees die Führung in den Händen der verräterischen Gewerkschaftsbürokraten beließ, ist eine zentrale Lehre aus den Massenstreiks in Frankreich vom Winter 1995.

Ohne die notwendigen Lehren aus diesen Massenstreiks zu ziehen, glorifiziert dagegen der AKP diese - ähnlich wie RSB, MLPD, DKP etc. - unkritisch zu einem populären Mythos: "Was nötig sind, sind französische Verhältnisse, die mit den Angriffen des Kapitals Schluß machen". Doch genau das haben die Streiks in Frankreich nicht erreicht. 1968 wollte die Neue Linke ein, zwei, viele Vietnams, 1996 heißt für den AKP siegen lernen von Frankreich lernen. Aber die Massenstreiks in Frankreich führten nicht zum Sieg. Es ist die Aufgabe einer revolutionären Führung die Fehler und Mängel aufzudecken, die den Sieg verhinderten. Dazu bedarf es einer revolutionären Partei, die fähig ist, die programmatischen und politischen Lehren aus den Klassenkämpfen zu ziehen und umzusetzen und die in der Lage ist, auch in den Gewerkschaften kommunistische Arbeit zu leisten, statt sich dem Bewußtsein der Massen anzupassen.



DGB-Chef Schulte: Hoffnungsträger für den AKP?